

Anfrage über die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Luzern und Aargau

eröffnet am 9. November 2010

Der Planungsbericht über die interkantonale Zusammenarbeit (B 163), datiert vom 21. Februar 2003, hatte die Absicht und das Ziel, die Zusammenarbeit mit benachbarten Regionen und Kantonen zu verstärken. Für die zukünftige räumliche Ausrichtung setzte der Kanton Luzern den Hauptakzent in der interkantonalen Zusammenarbeit beim Kooperationsraum Zentralschweiz an, mit gemeinsamer Zielsetzung für die Zentralschweiz der Zukunft. Der damaligen Entwicklung entsprechend (Sogwirkung Grossagglomeration Zürich, wirtschaftliche Dynamik entlang der A2), wollte der Kanton Luzern jedoch vermehrt mit dem Raum Zug–Zürich–Aargau/Nordwestschweiz zusammenarbeiten.

Neben bisherigen Zusammenarbeitsbereichen wie Bildung und Gesundheit sollte gezielt auch die Zusammenarbeit in den Bereichen Siedlung, Wirtschaft und Verkehr angestrebt werden. Denn die Entwicklung zeigt auf, dass die Lebens- und Wirtschaftsräume sowie die Mobilität der Bevölkerung sich schon lange nicht mehr an die Kantonsgrenzen halten. Flexible Zusammenarbeitsformen über die Kantonsgrenzen hinweg sind notwendig, damit anspruchsvolle und komplexe Aufgaben gemeinsam gelöst werden können.

Aus diesen Gründen wurde im Dezember 2006 zwischen der Aargauer und der Luzerner Regierung eine Zusammenarbeitsvereinbarung unterschrieben, die per 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist. Dies wurde in den Regionen unteres Surental, unteres Seetal und im Michelsamt mit Freude und Interesse zur Kenntnis genommen. Diese Regionen liegen ausserhalb der sogenannt wirtschaftlich-dynamischen Y-Achse. Sie sind allerdings mit dem Kanton Aargau sehr verbunden und auf eine gelingende, nachhaltige Zusammenarbeit angewiesen.

Es stellen sich folgende Fragen:

1. Welche Projekte wurden in den Jahren 2007 bis heute realisiert?
2. Welche Projekte zeigten sich schwierig und mussten abgebrochen werden?
3. Worin lagen die Schwierigkeiten?
4. Welche Projekte stehen heute zur Diskussion?
5. Gibt es Projekte, die aufgrund von Sparmassnahmen ernsthaft gefährdet sind?
6. Wie beurteilt die Regierung die bisherige Zusammenarbeit?
7. Sieht die Regierung in dieser Zusammenarbeit Verbesserungspotenzial? Welche Strategie verfolgt sie dabei?

8. Wie häufig treffen sich die Projektverantwortlichen der beiden Kantone und wie werden die Erfolge beziehungsweise Misserfolge transparent gemacht und gegenüber wem kommuniziert?
9. Sieht die Regierung einen Bedarf, die inzwischen vierjährige Zusammenarbeitsvereinbarung zu konkretisieren?

Müller-Kleeb Erna

Frey-Neuenschwander Heidi

Meier Patrick

Chrétien Merz Jeannette

Schmassmann Adrian

Dissler Josef

Gernet Hilmar

Schaller Patricia

Schönberger-Schleicher Esther

Müller Leo

Muff Irene

Odermatt Markus

Höltzchi Pius

Ineichen-Fellmann Luzia

Bucher Peter

Zemp Thomas

Zeier Michael

Roth Stefan

Riva Guerino

Zosso Peter

Lichtsteiner-Achermann Inge

Kaufmann Pius

Bühler Adrian

Furrer Bruno